

Als Lai*innen im Bistum Essen gemeinsam gegen Rechtsextremismus und -populismus



Der Diözesanrat hat auf seiner Vollversammlung am 23.04.2024 folgende Erklärung verabschiedet:

Als Christ*innen sehen wir es als unsere Verpflichtung an, uns für eine Welt einzusetzen, in der alle Menschen sicher und ohne Angst leben können. Wir nehmen mit immer größerer Sorge wahr, dass radikales Denken in der Bevölkerung stetig an Zuwachs gewinnt und der Hass in der Gesellschaft immer weiterwächst.

Gleichzeitig sehen wir aber auch, dass weite Teile der Bevölkerung sich diesem Hass entgegenstellen und deutlich machen, dass völkischer Nationalismus und Rechtspopulismus in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Auch wir wollen deutlich machen, dass wir uns dem Hass nicht beugen und unsere christlichen Werte aktiv leben.

Wir greifen daher explizit die Erklärung „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“ der Deutschen Bischofskonferenz¹ auf – das heißt für uns insbesondere:

1. Unvereinbarkeit

Das Engagieren in und das Wählen von Parteien, die einen völkischen Nationalismus vertreten, ist mit einem christlichen Gottes- und Menschenbild unvereinbar. Weiterhin ist das Verbreiten von menschenfeindlichen Inhalten in einem haupt- oder ehrenamtlichen Dienst in der Kirche ebenfalls unvereinbar. Dies bedeutet explizit, dass die AfD für uns nicht wählbar ist.

2. Appell

Wir appellieren an alle Menschen, die sich in unserer Kirche engagieren, sich für ein menschenbejahendes Weltbild stark zu machen und in ihrer Arbeit darauf zu achten, dass auch unser Schaffen in der Kirche zu einem solchen Weltbild beiträgt. Wir ermutigen dazu, sich mit gesellschaftspolitischen Themen auseinanderzusetzen und wollen auch in diesem Gremium und seinen Untergliederungen Diskussions- und Beratungsräume schaffen. Dies soll in Form eines Themenabends, organisiert durch den Diözesanausschuss und unter Beteiligung des BDKJ DV Essen, passieren.

3. Bestärkung

Wir sehen, dass sich unser Bischof und viele andere Verantwortliche im Bistum Essen bereits an vielen Stellen für den Schutz der Demokratie stark gemacht haben und begrüßen dies. Dabei wollen wir auch noch einmal bestärken, dass wir solche Initiativen wertvoll und wichtig finden.

4. Handeln

Wir rufen alle Christ*innen, Pfarreien, Verbände und Katholikenräte im Bistum Essen dazu auf, sich mit dem Antrag und seinen Inhalten zu beschäftigen. Zugleich werden wir in unseren eigenen Strukturen entsprechend aktiv sein und uns an Aktionen in unseren Städten und Kreisen auch im ökumenischen Umfeld beteiligen. Der Diözesanausschuss erarbeitet eine Pressemitteilung, die unsere Position als Gremium verdeutlicht. Der Vorstand wird beauftragt, Gespräche mit den Verantwortlichen im Bistum zu suchen, um gemeinsam öffentlichkeitswirksame Position zu beziehen (in den sozialen und lokalen Medien).

¹ [2024-023a-Anlage1-Pressebericht-Erklärung-der-deutschen-Bischoefe.pdf \(dbk.de\)](#)